
Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe – „LGBTIQ-Rechte weltweit“, 24. Mai 2023

Stellungnahme von Dr. Dr. David Berger

Bekämpfung der Gewalt gegen Trans- und Homosexuelle statt queer-ideologische Schwurbeleien

Als promoviertem Philosophen sei mir erlaubt einige epistemologische, grundlegende Überlegungen an den Anfang zu stellen, denn die eingereichten Fragen der im Bundestag vertretenen Fraktionen, lassen doch die Frage aufkommen: Worüber sollen wir heute sprechen?

Da ist von LGBTIQ (Ausschuss), von queeren Menschen (SPD), von LSBTI (Grüne und Union) oder von LGBTIA die Rede. Und das – so mag der politisch überkorrekte Gay-Aktivist einwenden – obwohl die aktuelle Bezeichnung LGBTQIA2+ heißt (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersex, Asexual, and 2 Spirit). Das Pluszeichen soll dann alles andere bezeichnen, auf das wir uns als Gesellschaft noch an Besonderem einstellen sollen. Angesichts der Tatsache, dass der Nationale Aktionsplan "Queer leben" der Bundesregierung sogar an unserer Verfassung röhren und eine Ergänzung des Grundgesetzes mit Blick auf Art. 3 durch die Aufnahme des Merkmals der sexuellen Identität anzielt, wäre es schon interessant zu wissen, was und wer da genau vor Benachteiligung geschützt werden soll.

Was m.E. vielen der hier zu Beratenden völlig unklar zu sein scheint, ist die Tatsache, dass diese Pauschalpakete zudem innerhalb der Gruppen, die man damit beschreiben will, mehr als problematisch sind. Häufig werden sie unter dem seltsamen, durch den mit antisemitischen Einschlägen der Queer-Theorie der BDS-Propagandistin Judith Butlers schwer belasteten Etikett „queer“ (übersetzt „gefährdet, sonderbar, eigenartig, fragwürdig, suspekt, verrückt oder eben auch pervers“) zusammen gefasst.

Auf Butler geht auch die fatale Trennung zwischen „Sex“ und „Gender“ zurück, die ganz offensichtlich bei der geplanten Ablösung des Transsexuellengesetzes durch das „Selbstbestimmungsgesetz“ Pate stand. Dieses ist durch seine De facto-Gleichstellung von transsexuellen Menschen mit sog. „Paradytransen“ nicht nur in höchstem Maße transfeindlich, sondern zeigt mit dem Motto „Transfrauen sind Frauen. Außer, es gibt Krieg. Dann sind sie wieder Männer“ (1) auch, wie wenig ernst ihm das Problem echter Transsexualität ist.

Wie auch die echten Probleme transsexueller und homosexueller Menschen, die eben nicht queer sein wollen, die nicht Tage lang über Buchstabenkombinationen oder neue Farben in der Regenbogenfahne nachgrübeln, sondern unter einer enormen Gewaltzunahme gerade in großen Städten leiden. Hier wäre der eigentliche Handlungsbedarf und zwar indem man Gewalt an der Wurzel bekämpft. Das kann man aber nur, wenn man um die Täter weiß. Wo war der politische Aufschrei, als etwa vor einem Jahr die Generalstaatsanwaltschaft Berlin der Polizei verboten hat, Übergriffe auf Juden und Homosexu-

elle zu melden (Quelle: <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/meldeverbot-zu-uebergriffen-auf-juden-und-schwule-wundert-berlins-datenschuetzer-li.228454>) . Dadurch vermeidet man auch die Frage nach den Tätergruppen, die dafür hauptsächlich in Frage kommen. Und sorgt dafür, dass Hassverbrechen gegen Juden und Homosexuelle weiter fröhlich Urständ feiern.

Mit in dieses Spektrum gehört, dass man immer mehr den Eindruck gewinnt, dass die Überlebensinteressen homo- und transsexueller Menschen auf dem Altar des Islam-Appeasements geopfert werden sollen. Angesichts des Mordes an einem homosexuellen Mannes in Dresden vor gut zwei Jahren mahnte immerhin der LSVD Berlin-Brandenburg: „Mit großer Irritation nimmt der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) den öffentlichen Umgang mit dem Terroranschlag von Dresden zur Kenntnis. Die Gleichgültigkeit, mit der Politik und Gesellschaft auf dieses grauenhafte Verbrechen reagieren, ist zutiefst verstörend.“

Vollkommen unverständlich ist, warum die islamistischen Einstellungen des Täters und die mutmaßlich homosexuellenfeindliche Motivation der Tat über Wochen verschwiegen und erst nach Zeitungsrecherchen bekannt wurden.

Die befremdliche Aussage des Dresdner Oberstaatsanwaltes, man äußere sich „zur sexuellen Orientierung von Tatopfern nicht“, lassen den Verdacht aufkommen, man sei in puncto Homophobie mit Blindheit geschlagen (...) Den islamistischen Terror wie auch den rechtsradikalen Terror werden wir nicht überwinden, indem wir ihn beschweigen und bagatellisieren. Wir müssen dem religiösen Extremismus ebenso wie dem Rechtsextremismus entschieden entgegentreten.“

Da ist es ein schwacher Trost, dass die "Jüdische Rundschau" in ihrer April-Ausgabe unter dem Titel "Genderisten im Dilemma: Muslime in England und Irland machen gegen Gender mobil" schreibt: "Gerade die islamischen Gruppierungen, die von den Linken nahezu kritiklos hofiert werden, widersprechen nun dem Gender-Wahnsinn."

(1) <https://www.nzz.ch/international/selbstbestimmungsgesetz-die-wichtigsten-punkte-im-ueberblick-ld.1735715>